

DIE TÄTIGKEIT DER EIDG. KOMMISSION FÜR FRAUENFRAGEN 1994

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat sich während diesem Jahr intensiv mit Frauen und Politik im Hinblick auf die nächsten eidgenössischen Wahlen 1995, den frauenspezifischen Gesichtspunkten bei der Revision des Strafgesetzbuches und der Mutterschaftsversicherung auseinandergesetzt.

Für das im Frühjahr zurückgetretene Kommissionsmitglied Frau Monika Waller-Koch wurde Frau Rose-Marie Gallay neu in die Kommission gewählt. Anstelle des bisherigen Kommissionsmitglieds Frau Patricia Schulz, welche auf den 1. Februar 1994 als Nachfolgerin von Frau Claudia Kaufmann zur neuen Leiterin des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann gewählt wurde und damit von Amtes wegen Einsitz in der Eidg. Kommission für Frauenfragen hat, wählte der Bundesrat Frau Susanne Leuzinger-Naef.

1. SITZUNGEN

1.1. Plenarsitzungen

An insgesamt fünf Sitzungstagen (24. Januar, 27. Juni, 15. September, 24./25. November) behandelte die Kommission als wesentlichste Traktanden: Frauen und Politik im Hinblick auf die nächsten eidgenössischen Wahlen 1995, Diskussion und Verabschiedung der Vernehmlassungsstellungen zur Strafrechtsrevision und zur Mutterschaftsversicherung. Zudem diskutierte und verabschiedete die Kommission den einleitenden Kommentar für die 1995 erscheinende umfangreiche Publikation "Viel erreicht - wenig verändert? Zur Situation der Frauen in der Schweiz", befasste sich mit dem Stand der Revisionsarbeiten in den Sozialversicherungen und diskutierte über künftige Arbeitsinhalte.

1.2. Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe *Politik* arbeitete auch dieses Jahr an der Thematik "Frauen und Politik" weiter. Sie nahm das Gespräch mit Medienverantwortlichen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft über die bessere Berücksichtigung von Frauen in den Medien, nä-

mentlich der Kandidatinnen im Vorwahlkampf 1995, auf.

2. PUBLIKATIONEN

2.1. Leitfaden zu den Eidg. Wahlen 1995

Im Juni erschien die Broschüre "Frauen ins Parlament! Ein Leitfaden für Parteien, Frauenorganisationen und Medien zu den Eidg. Wahlen 1995" in deutscher, französischer und italienischer Sprache. Der Leitfaden enthält neben den aktuellen Fakten Empfehlungen, welche vor und während des Wahlkampfes von den Parteien, den Medien und den Frauenorganisationen ergriffen werden können, um die Wahlchancen der Kandidatinnen zu erhöhen.

2.2. F-Frauenfragen

Die erste Nummer des Bulletins enthält die Referate der am 3. Dezember 1993 gemeinsam vom Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und der Eidg. Kommission für Frauenfragen durchgeführten Tagung zum Thema "Alles ganz einfach - und doch viel komplizierter: Gleichstellungskonzepte in der aktuellen Diskussion und Praxis" sowie die ausführliche Vernehmlassungsstellungnahme der Kommission zur Strafrechtsrevision.

Ausgangspunkt für das zweite Bulletin ist die vom Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann in Auftrag gegebene Wanderausstellung "(K)ein sicherer Ort - sexuelle Ausbeutung von Mädchen", die im Herbst 1992 gestartet wurde und seither in verschiedenen Regionen der Schweiz und in Liechtenstein gezeigt wurde. Den Hauptteil des Heftes bilden die Ergebnisse einer Evaluationsstudie, welche darüber Aufschluss gibt, was mit dieser Ausstellung in den ersten 16 Monaten in der Öffentlichkeit und bei Fachkreisen bewirkt werden konnte sowie die daraus abgeleiteten Massnahmen und Empfehlungen. Ergänzt werden sie durch zwei Artikel über rechtliche und therapeutische Möglichkeiten.

In der dritten Nummer steht die Situation der Bäuerinnen im Vordergrund. Dabei wird insbesondere auf die Stellung der Bäuerin im Landwirtschaftsbetrieb und die Auswirkungen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik für die Bäuerinnen eingegangen. Im Hinblick

auf die Eidg. Parlamentswahlen 1995 wurde eine Zusammenfassung der Untersuchung des Bundesamtes für Statistik über Frauensförderungsmassnahmen der Parteien bei den Nationalratswahlen 1991 publiziert. F 3/94 enthält überdies die Vernehmlassungsstellungnahme zur Mutterschaftsversicherung.

2.3. *Pressemappe/Dokumentationsstelle*

Die Bibliothek wurde wiederum mit Neuerwerbungen ergänzt. Der gesamte Bestand an Büchern und Broschüren ist nun auf LIDOS erfasst, was die Recherchen wie auch die Ausleihe wesentlich erleichtert. Mit dem Erfassen von Zeitschriftenartikeln konnte im Verlauf des Jahres begonnen werden. Die Dokumentationsstelle wird zunehmend häufiger benutzt, insbesondere für die Erarbeitung von Semester- und Abschlussarbeiten an Universität, Mittel- und Berufsschule.

Wie gewohnt erschienen auch in diesem Jahr monatliche Pressemappen mit aktuellen Zeitungsartikeln zu den Themen Gewalt, gleiche Rechte, Politik, Erziehung/Bildung, Ehe/Familie/Sexualität, Kunst/Wissenschaft/Medien/Kirche, Gesundheitswesen/Soziale Sicherheit, Arbeit/Beruf sowie Europa.

3. VERNEHMLASSUNGEN

3.1. *Stellungnahme zur Vernehmlassung Allgemeiner Teil und Drittes Buch des Strafgesetzbuches und Bundesgesetz Jugendstrafrechtspflege*

Die Kommission begrüsst die Zielrichtung des Revisionsentwurfs und befürwortet, dass der Strafvollzug in seinen Grundzügen im Strafgesetzbuch geregelt, die Rechtsstellung der Gefangenen verbessert und ein neues Sanktionensystem eingeführt werden soll. Besonders unterstützt werden die im Entwurf formulierten Ansätze, frauenspezifische Anliegen auf Gesetzesebene zu berücksichtigen. Bemängelt wird allerdings, dass der tatsächlichen Situation sowie den Problemlagen von straffällig gewordenen Frauen insgesamt kaum Rechnung getragen wird.

Eine der Forderungen der Kommission beinhaltet deshalb die ausdrückliche Verankerung frauenspezifischer Bedürfnisse und Anliegen in den Vollzugsgrundsätzen im Allgemeinen Teil StGB und im neuen Bundesgesetz über die Jugendstrafrechtspflege. Die Kantone sollen deutlicher verpflichtet werden, durch die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur den speziellen Anliegen von straffällig gewordenen Frauen und weiblichen Jugendlichen hinsichtlich Ausbildung, Arbeit, Beratung, Betreuung und Behandlung Rechnung zu tragen. Die Bedingungen für gemeinnützige Arbeit sowie für

Arbeits- und Wohnexternate sollten beispielsweise so festgelegt werden, dass Frauen tatsächlich von diesen Möglichkeiten profitieren können. Vor allem für Frauen mit Kindern müssen Alternativen zur Haft entwickelt und praktiziert werden.

(Stellungnahme publiziert in F 1/94)

3.2. *Stellungnahme zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Mutterschaftsversicherung*

Die Kommission unterstützt den Vorentwurf, der einen Erwerbersatz während eines 16wöchigen Mutterschaftsurlaubs für erwerbstätige Frauen vorsieht, grundsätzlich. Eine Mutterschaftsversicherung ist in unserem Land mehr als überfällig, besteht doch seit 1945 durch Art. 34quinquies Abs. 4 der Bundesverfassung die entsprechende verfassungsrechtliche Grundlage.

Der Vorentwurf entspricht nach Ansicht der Kommission einer Minimallösung. Sie plädiert für eine umfassende Mutterschaftsversicherung, welche die Nichterwerbstätigen einbezieht, den Ausfall der Erziehungs-, Betreuungs- und Hausarbeit entschädigt und die auch die infolge von Schwangerschaft und Niederkunft entstehenden medizinischen, Pflege- und Spalkosten deckt. Die Schaffung eines Elternurlaubs betrachtet sie als ebenfalls dringliches Anliegen, das mindestens mittelfristig realisiert werden muss. So setzt sie sich dafür ein, dass in der nächsten Legislaturperiode mit der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs für einen Elternurlaub begonnen und eine entsprechende Vorlage bis spätestens im Jahre 2000 vorliegen wird.

(Stellungnahme publiziert in F 3/94)

3.3. *Stellungnahme zur Neuregelung der Anerkennung kantionaler Maturitäten*

Die Kommission begrüsst die Absicht, das System der unterschiedlichen Maturitätstypen zugunsten von individuelleren Bildungsprofilen aufzugeben. Aus frauen- und gleichstellungsspezifischer Sicht stellt die noch immer vorherrschende geschlechtsspezifische Wahl der verschiedenen Fachrichtungen ein Problem dar, das mit diesem Systemwechsel angegangen werden könnte. Die Kantone sollten Massnahmen ergreifen, welche eine geschlechtsuntypische Fächerwahl der Schülerinnen und Schüler fördert, namentlich durch individuelle Beratungsangebote für Mädchen und Knaben, spezifische Motivationsangebote für Mädchen in naturwissenschaftlichen und für Knaben in geisteswissenschaftlichen und musischen Fächern, Anpassung der Fachinhalte und des Unterrichtsstils an die spezifischen Interessen und Lernvoraussetzungen von Mädchen und Knaben.

3.4. Stellungnahme zur Totalrevision Asylgesetz und Änderung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer

Die Kommission bemängelt, dass der Revisionsentwurf ausschliesslich von einem männlich geprägten Flüchtlingsbegriff und von männlichen Flüchtlingsschicksalen ausgeht. Untersuchungen haben jedoch deutlich gemacht, dass sich die Situation von Frauenflüchtlingen von jener der männlichen Flüchtlinge zum Teil stark unterscheidet. Dies trifft sowohl für die Verfolgungssituation als auch nach der Flucht zu. Die frauenspezifischen Aspekte des Flüchtlingsproblems müssen deshalb bei der Totalrevision des Asylgesetzes unbedingt berücksichtigt werden.

4. VERSCHIEDENES

4.1. Publikationsvorbereitung

Die Kommission befasste sich mit dem für 1995 geplanten umfangreichen Bericht "Viel erreicht - wenig verändert? Zur Situation der Frauen in der Schweiz", in welchem die Entwicklung der Situation der Frauen vor allem in den letzten zwanzig Jahren dargelegt und der Stand der Gleichstellung in 14 zentralen Themenbereichen aufgezeigt wird. In ihrem einleitenden Kommentar nimmt die Kommission eine Standortbestimmung vor und formuliert frauen- und gleichstellungspolitische Ziele und Aufgaben für die kommenden Jahre.

Dieser Bericht wird sowohl auf deutsch, französisch, italienisch, als auch erstmals auf englisch erscheinen.

4.2. Tagung Frauenrechte - Menschenrechte

Ende des Jahres organisierte die Kommission gemeinsam mit dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann die Fachtagung "Cherchez la femme! Über 200 Jahre Menschenrechte: Vom Ausschluss der Frauen zu einer Re-Vision der Menschenrechte". Die drei eingeladenen Referentinnen setzten sich mit der Bedeutung des feministischen Diskurses für Definition und Entwicklung der Menschenrechte, der Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung sowie mit den Zusammenhängen zwischen Wirtschafts- und Menschenrechtspolitik auseinander. Anschliessend vertieften die Teilnehmenden diese Fragestellungen in mehreren Arbeitsgruppen.

4.3. Kontakte

Anlässlich ihrer zweitägigen Plenarsitzung im November in Heiden AR traf sich die Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen und kantonalen

Politik, der lokalen Frauenorganisationen sowie Preseseleuten des Kantons Appenzell Ausserrhoden zu einem Informations- und Gedankenaustausch.

Das jährliche Treffen der Parlamentarierinnen mit den Präsidentinnen der schweizerischen Frauenorganisationen, an dem auch das Kommissionssekretariat teilnahm, war vor allem der 10. AHV-Revision gewidmet.

Das Kommissionssekretariat nahm an den in jeder Session stattfindenden Treffen der Parlamentarierinnen teil.

4.4. Internationale Organisationen

Im Juni fand die erste Sitzung des Nationalen Vorbereitungskomitees für die 4. UNO-Weltfrauenkonferenz (Beijing, 4.-15. September 1995) unter der Leitung des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann statt. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen wurde durch ihre Präsidentin, Frau Judith Stamm, vertreten. Dem Komitee gehören rund 60 Vertreterinnen von Frauenorganisationen, Sozialpartnern, Menschenrechts-, Entwicklungs- und Gesundheitsorganisationen, weitere interessierte Kreise sowie die interdepartementale Arbeitsgruppe "Folgearbeiten zur UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi" an. Diesem Gremium wird vor allem die Aufgabe zukommen, das geplante Abschlussdokument für Beijing, die Aktionsplattform, zu diskutieren, die schweizerischen Schwerpunkte für die Konferenz zu entwickeln und einzubringen. Die 4. UNO-Weltfrauenkonferenz setzt die Reihe solcher Konferenzen (Mexiko 1975, Kopenhagen 1980, Nairobi 1985) fort und wird die Umsetzung und Weiterentwicklung der in Nairobi verabschiedeten 'Strategien zur Förderung der Frau bis ins Jahr 2000' (Forward Looking Strategies FLS) zum Thema haben.

An der vom 17.-21. Oktober 1994 in Wien durchgeführten Konferenz der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) nahmen Frau Patricia Schulz, Leiterin des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, als Delegationsleiterin sowie Frau Elisabeth Keller, Sekretärin der Eidg. Kommission für Frauenfragen, als Mitglied der schweizerischen Delegation teil. Die Wiener Konferenz ist eines von fünf regionalen Vorbereitungstreffen der Vereinten Nationen, die zur 4. Weltfrauenkonferenz in Beijing hinführen. Auf der Tagesordnung standen die Überprüfung und Bewertung, ob die Zukunftsstrategien 2000 (FLS) im regionalen Bereich erfüllt worden sind, und das Einbringen regionaler Lösungsansätze für die vorgeschlagene Aktionsplattform, die von der Weltfrauenkonferenz angenommen werden soll.

Das Gleichstellungskomitee des Europarates, das *Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes* (CDEG), traf sich zu seinen regelmässig statt-

findenden Sitzungen in Strassburg, an denen Frau Elisabeth Keller teilnahm. Der Arbeitsschwerpunkt lag bei der Vorbereitung der Europaratskonferenz "Gleichstellung und Demokratie. Utopie oder Herausforderung?" welche im Februar 1995 in Strassburg durchgeführt wird und als Beitrag des Europarats zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz 1995 konzipiert ist. Weitere Themen waren die Vorbereitung eines Medienseminars (Juni 1994 in Strassburg) sowie des inzwischen zum dritten Mal durchgeführten Internationalen Ateliers zur Gleichstellung von Frau und Mann in Europa (November/Dezember 1994 in Ljubljana), an dem für die Schweiz Frau Katja Baumann vom Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann teilnahm. Der Dritte Jahresbericht der Generalsekretärin des Europarats zum Stand der Gleichstellungsbemühungen des Europarates wurde diskutiert. Für ein eventuelles Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtserklärung, in welchem die Gleichstellung als fundamentales Recht von Frau und Mann explizit verankert werden sollte, wurden diverse Vorschläge entwickelt und geprüft.

TÄTIGKEITSSCHWERPUNKTE 1995

1. FRAUEN UND POLITIK

- Herausgabe eines Faltblatts zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober 1995
- Evaluation der SRG-Vorwahlsendungen und der Berichterstattung in den Printmedien von überregionaler Bedeutung zu den National- und Ständeratswahlen

2. STAND DER UMSETZUNG DER GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

- Publikation des Berichts "Viel erreicht - wenig verändert? Zur Situation der Frauen in der Schweiz"

3. SOZIALVERSICHERUNGEN

- Es wird eine ständige Arbeitsgruppe "Sozialversicherungen" eingesetzt, welche den aktuellen Stand der Revisionen diskutiert, das Plenum auf dem Laufenden hält und ihm wenn nötig Vorschläge unterbreitet

4. VERNEHMLASSUNGEN

- 6. Revision des Bundesgesetzes über die Erwerbserwerbsordnung
- Bundesgesetz über die Humanmedizin
- Totalrevision der Bundesverfassung

5. F-FRAUENFRAGEN

Weitere Nummern des Bulletins F-Frauenfragen werden aktuelle frauenrelevante Fragestellungen behandeln

6. WEITERE THEMEN

- Arbeitsmarkt, Erwerbslosigkeit, Umverteilung der Arbeit, neue Modelle und Perspektiven, Stellung der Frau - Wirtschaft
- Familienexterne Kinderbetreuung
- Gewalt gegen Frauen
- Schwangerschaftsabbruch
- Vorbereitung und Mitwirkung bei der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz
- Eintreten für die Ratifizierung der UNO-Frauenkonvention
- "Festivitäten" im Hinblick 20 Jahre Eidg. Kommission für Frauenfragen (1996)

LES ACTIVITES DE LA COMMISSION FEDERALE POUR LES QUESTIONS FEMININES EN 1994

En 1994, la Commission fédérale pour les questions féminines a axé ses activités sur trois grands objectifs: la préparation des élections fédérales de 1995, la révision du code pénal ainsi que l'assurance maternité du point de vue des femmes.

Madame Rose-Marie Gallay a été nommée membre de la Commission en remplacement de Monika Waller-Koch, qui a démissionné au printemps 1994. Le Conseil fédéral a en outre nommé Susanne Leuzinger-Naef pour occuper le siège laissé vacant par Patricia Schulz suite à sa nomination, le 1er février 1994, à la tête du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, où elle a succédé à Claudia Kaufmann.

1. SEANCES

1.1. Séances plénières

La Commission s'est réunie en séance à cinq reprises (24 janvier, 27 juin, 15 septembre, 24 et 25 novembre). Au menu: les femmes et les prochaines élections fédérales de 1995, l'adoption, après débat, des prises de position sur la révision du code pénal et sur l'assurance maternité. La Commission a également discuté et approuvé un commentaire de la publication "Des acquis - mais peu de changements? La situation des femmes en Suisse", s'est penchée sur les révisions du droit des assurances sociales et a défini les grandes lignes de ses futures activités.

1.2. Groupes de travail

Le groupe de travail *Politique* a continué d'explorer le thème des femmes et de la politique. Il a entamé des discussions avec les responsables de la SSR pour faire en sorte que les femmes, en particulier les candidates aux élections fédérales de 1995, soient mieux prises en compte dans les médias.

2. PUBLICATIONS

2.1. Guide pour les élections fédérales de 1995

La brochure "Femmes au Parlement! Un guide pour les élections fédérales de 1995, à l'intention des partis, des organisations féminines et des médias" a paru en juin en français, en allemand et en italien. Ce guide présente des faits et adresse aux partis, aux médias et aux organisations féminines des recommandations pour accroître les chances des femmes qui se présentent aux élections.

2.2. F-Questions au féminin

Le premier numéro de "F" a publié les exposés tenus le 3 décembre 1993 à l'occasion du colloque "Tout si simple - et pourtant très compliqué: Concepts de l'égalité - débats théoriques et réalisations pratiques", organisé conjointement par le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes et la Commission fédérale pour les questions féminines. On y trouve aussi la prise de position intégrale de la Commission sur le projet de révision du Code pénal.

Le second numéro prend pour point de départ l'exposition itinérante "Une sécurité illusoire - exploitation sexuelle des filles" mise sur pied sur l'initiative du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes qui a été montrée dans différentes régions de Suisse et du Lichtenstein depuis l'automne 1992. L'essentiel du numéro est consacré aux résultats d'une étude qui permet d'évaluer l'impact qu'ont eu les seize premiers mois de l'exposition dans la population et les milieux intéressés, et de voir notamment quelles mesures et recommandations a suscitées cette exposition. Le numéro est complété par deux articles qui s'interrogent sur les possibilités juridiques et thérapeutiques en la matière.

Le troisième numéro est consacré aux femmes paysannes. Il y est notamment question de la situation de la paysanne dans l'exploitation agricole et des conséquences pour les femmes de la politique agricole suisse. Dans la perspective des élections de 1995, le bulletin publie aussi une synthèse de l'enquête de l'Office fédéral de la statistique sur les mesures qu'ont prises les partis pour promouvoir les candidatures féminines lors des élections au Conseil national en 1991. F 3/94 contient par ailleurs la prise de position de la Commission sur l'assurance maternité.

2.3. Presse/centre de documentation

La bibliothèque s'est enrichie de nouvelles acquisitions. La totalité des livres et des brochures est désormais saisie sur LIDOS, ce qui facilite considérablement les recherches et le prêt. La saisie informatique des articles de périodiques a commencé en cours d'année. Le centre de documentation est de plus en plus sollicité, notamment par des étudiantes et apprenties qui préparent des travaux et des examens.

Comme de coutume, des dossiers de presse mensuels ont rassemblé des articles de presse d'actualité sur les thèmes suivants: violence contre les femmes, droits égaux, politique, éducation et formation, couple/famille/sexualité, art/sciences/médias/église, santé et sécurité sociale, travail et profession, Europe.

3. PRISES DE POSITION

3.1 Prise de position sur la partie générale et le Troisième livre du Code pénal et sur la loi fédérale régissant la condition pénale des jeunes

La Commission se félicite de l'orientation générale donnée au projet de loi. Elle est en particulier favorable à ce que l'exécution des peines soit réglée dans le Code pénal, et approuve l'amélioration du statut juridique des détenus et le nouveau système des sanctions. Elle soutient évidemment avec force les propositions qui demandent que les aspects spécifiquement féminins du problème soit pris en compte dans la loi. Elle regrette cependant qu'il ne soit dans l'ensemble que trop peu question de la situation des femmes réelle subissant une peine et des problèmes spécifiques qu'elles connaissent.

Aussi la Commission demande que les besoins et les problèmes spécifiques des femmes soient explicitement ancrés dans la partie générale du Code pénal et dans la nouvelle loi fédérale régissant la condition pénale des jeunes. Le texte devrait clairement obliger les cantons à mettre en place les infrastructures qui permettraient de prendre en compte les besoins spécifiques des femmes en matière de formation, de travail et de conseils. Les conditions régissant les travaux d'utilité publique et le travail et le logement en externat devraient par exemple être fixées de manière à ce que les femmes puissent réellement profiter de ces possibilités. Il est en particulier urgent de trouver des alternatives à la détention pour les femmes ayant charge d'enfants. (La prise de position est publiée dans F 1/94).

3.2. Prise de position sur l'avant-projet de loi fédérale sur l'assurance maternité

La Commission soutient l'avant-projet qui prévoit d'accorder aux femmes exerçant une activité lucrative une compensation pour perte de gain pendant un congé maternité de 16 semaines. Il y a longtemps que l'assurance maternité devrait être introduite en Suisse puisque la base constitutionnelle qui permettrait d'adopter une loi en la matière existe depuis 1945 (art. 34 quinquies, 4e al. cst.).

L'avant-projet soumis en consultation constitue toutefois aux yeux de la Commission une solution minimale. La Commission plaide en faveur d'une assurance maternité plus étendue, qui englobe les femmes sans activité lucrative, indemnise les travaux relatifs à l'éducation, à la prise en charge des enfants et du ménage et couvre les frais hospitaliers et médicaux découlant d'une grossesse et d'un accouchement. Elle considère également urgente la création d'un congé parental, qui devrait être introduit à moyen terme au plus tard. Aussi propose-t-elle de préparer un projet de loi correspondant au cours de la prochaine législature et de mettre ce projet sous toit d'ici à l'an 2000. (La prise de position figure dans F 3/94).

3.3. Prise de position sur la nouvelle réglementation relative à la reconnaissance des maturités cantonales

La Commission se félicite de la proposition visant à remplacer les différents types de maturité par des profils de formation plus individualisés. Ce changement de système pourrait permettre d'aborder sous un angle plus favorable le problème du choix des filières, lequel est encore beaucoup trop déterminé par les préjugés de sexe. Les cantons doivent prendre des mesures qui facilitent le choix d'un métier non-typique. Ils pourraient par exemple offrir des conseils individualisés aux filles et aux garçons, encourager les filles à opter pour une filière scientifique et les garçons à se tourner vers les sciences humaines ou des études musicales, et aussi adapter le contenu des cours et le style d'enseignement aux intérêts et aux prédispositions des garçons et des filles.

3.4. Prise de position sur la révision totale de la loi sur l'asile et sur la modification de la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers.

La Commission déplore le fait que le projet de révision s'appuie sur une approche exclusivement masculine du problème des réfugiés. Plusieurs études ont pourtant montré que la situation des femmes réfugiées pouvait fortement différer de celle des hommes, que ce soit au moment où elles sont victimes des persécutions ou après avoir fui leur pays. Aussi il est indispensable de

prendre en compte les problèmes spécifiques des femmes dans cette révision totale de la loi sur l'asile.

4. DIVERS

4.1. Prochaines publications

La Commission a travaillé activement à la préparation du rapport très complet, à paraître en 1995, sur l'évolution de la situation des femmes dans les vingt dernières années. Intitulé "Des acquis - mais peu de changements? La situation des femmes en Suisse", ce rapport examinera ce qu'il en est de l'égalité dans quatorze domaines essentiels. Dans un commentaire la Commission dresse un état des lieux et se fixe une série d'objectifs et de tâches pour les prochaines années.

Le rapport paraîtra dans les trois langues officielles et, c'est une première, en anglais.

4.2. Colloque sur les droits de la femme

En fin d'année, la Commission a organisé avec le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes un colloque "Cherchez la femme! Plus de 200 ans de droits de l'homme: De l'exclusion des femmes à une révision des droits humains". Les trois conférencières invitées ont mis l'accent sur l'importance du discours féministe dans la définition des droits de la personne et leur évolution. Elles ont dénoncé la violence contre les femmes, qui constitue un exemple de violation flagrante des droits de la personne, et mis en évidence les interactions existant entre l'économie et la politique des droits de la personne. Les participantes au colloque ont ensuite approfondi les divers thèmes abordés au sein de groupes de travail.

4.3. Contacts

A l'occasion de sa séance plénière de deux jours qui a eu lieu en novembre à Heiden/AR, la Commission a rencontré pour un échange d'idées et d'informations des représentantes et représentants de la vie politique locale et cantonale, des organisations féminines locales ainsi que des journalistes d'Appenzell Rhodes extérieures.

La rencontre annuelle des femmes parlementaires avec les présidentes des organisations féminines suisses, à laquelle a également pris part le secrétariat de la Commission, a été essentiellement consacrée à la 10^e révision de l'AVS.

Le secrétariat de la Commission a participé à la rencontre avec les femmes parlementaires qui a lieu à chaque session.

4.4. Organisations internationales

En juin a eu lieu sous la présidence du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes la première séance du Comité national préparatoire à la 4^e Conférence mondiale de l'ONU sur les femmes qui se tiendra à Pékin du 4 au 15 septembre 1995. La Commission fédérale pour les questions féminines était représentée par sa présidente, Madame Judith Stamm. Le comité se compose de quelque 60 représentantes d'organisations féminines, de partenaires sociaux, d'organisations des droits de la personne, de l'aide au développement et de la santé ainsi que du groupe de travail interdépartemental "Suivi de la Conférence mondiale de Nairobi". Ce comité aura pour tâche essentielle de discuter la plate-forme d'action qui constituera le document final pour Pékin, et de développer les priorités que la Suisse souhaite voir traitées à Pékin. L'objectif de la Conférence mondiale de la femme de l'ONU de Pékin, la 4^e après celles de Mexico (1975), de Copénhague (1980) et de Nairobi (1985), est de mettre en oeuvre et de développer les "Stratégies prospectives d'action de Nairobi pour la promotion de la femme" (Forward looking strategies).

Madame Patricia Schulz, responsable du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, a conduit la délégation suisse à la conférence de la Commission économique de l'ONU qui a eu lieu à Vienne du 17 au 21 octobre 1994. Elle était accompagnée de Madame Elisabeth Keller, secrétaire de la Commission pour les questions féminines. Cette conférence de Vienne est l'une des cinq conférences préparatoires de l'ONU en vue de la 4^e conférence mondiale de Pékin. On y a examiné dans quelle mesure les stratégies pour l'an 2000 définies à Nairobi étaient réalisées en Europe et on a cherché des amorces de solutions pour mettre en oeuvre au niveau régional la plate-forme d'action qui devrait être acceptée à la Conférence mondiale de la femme.

Le Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes du Conseil de l'Europe (CDEG), qui s'est réuni à plusieurs reprises à Strasbourg, a préparé la conférence du Conseil de l'Europe "Egalité et démocratie: utopie ou défi?", qui aura lieu en février 1995 à Strasbourg et qui se veut la contribution du Conseil de l'Europe à la 4^e conférence mondiale de l'ONU sur la femme. Le comité a aussi préparé un séminaire sur les médias (juin 1994 à Strasbourg) et le 3^e Atelier international pour l'égalité entre femmes et hommes en Europe (novembre/décembre 1994 à Ljubljana), auquel prenait part Katja Baumann, du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes. Le troi-

sième rapport annuel de la secrétaire générale du Conseil de l'Europe sur l'égalité a été discuté. Diverses propositions ont été entendues et débattues en ce qui concerne l'adoption d'un éventuel protocole additionnel à la déclaration européenne des droits de l'homme, dans lequel l'égalité entre femmes et hommes serait explicitement reconnue comme un droit fondamental.

LES PRIORITES POUR 1995

1. LES FEMMES ET LA POLITIQUE

- Publication d'un dépliant pour les élections fédérales d'octobre 1995
- évaluation de la manière dont sont présentées les élections de 1995 au Conseil national et au Conseil des Etats dans les programmes de la SSR et dans les principaux quotidiens et hebdomadaires du pays.

2. ETAT DE LA REALISATION DE L'EGALITE ENTRE FEMMES ET HOMMES

- Publication du rapport "Des acquis - mais peu de changements? La situation des femmes en Suisse".

3. ASSURANCES SOCIALES

- Un groupe de travail permanent sera institué pour traiter les questions touchant aux assurances sociales. Il discutera de l'état actuel des révisions, informera régulièrement le plénum et lui soumettra des propositions le cas échéant.

4. PROCEDURES DE CONSULTATIONS

- 6è révision de la loi fédérale sur le régime des allocations pour perte de gain
- loi fédérale sur la médecine humaine
- révision totale de la constitution fédérale.

5. F-QUESTIONS AU FEMININ

Des numéros du bulletin F-Questions au féminin traiteront des questions féminines d'actualité les plus significatives.

6. DIVERS

- Marché du travail, chômage, répartition du travail, nouveaux modèles et perspectives, situation de la femme, économie
- garde des enfants en dehors de la famille
- violence contre les femmes
- interruption de grossesse
- préparation et participation à la 4è Conférence mondiale des Nations-Unies sur la femme
- ratification de la convention de l'ONU pour la femme
- "fête" du 20è anniversaire de la Commission fédérale pour les questions féminines (1996)

(Traduction: Gilles Cuenat/André Frossard)

LE ATTIVITA' DELLA COMMISSIONE FEDERALE PER I PROBLEMI DELLA DONNA NEL 1994

Nel corso di questo anno, la Commissione federale per i problemi della donna si è occupata intensamente della tematica donna e politica in vista delle elezioni federali del 1995, e ha pure cercato di dar voce all'ottica femminile nell'ambito della revisione del Codice penale e della realizzazione di un'assicurazione maternità.

Al suo interno, la Commissione ha vissuto arrivi e partenze. Al posto della signora Monika Waller-Koch, ritiratasi in primavera, è stata nominata la signora Rose-Marie Gallay. Quale subentrante per la signora Patricia Schulz, che dal 1° febbraio 1994 ha sostituito la signora Claudia Kaufmann nella funzione di nuova direttrice dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo - e che dunque partecipa ora d'ufficio ai lavori commissionari - il Consiglio federale ha nominato la signora Susanne Leuzinger-Naef.

1. SEDUTE

1.1. Sedute plenarie

Le cinque giornate dedicate alle sedute plenarie (24 gennaio, 27 giugno, 15 settembre, 24/25 novembre) hanno consentito alla Commissione di trattare il tema donne e politica in vista delle prossime elezioni federali del 1995, di discutere e approvare la presa di posizione concernente la revisione del Codice penale e la creazione di un'assicurazione maternità, di discutere e approvare il commento introduttivo al suo nuovo rapporto intitolato «Molte realizzazioni - pochi cambiamenti? - La situazione della donna in Svizzera» e che verrà pubblicato nel 1995, di occuparsi dello stato dei lavori di revisione delle assicurazioni sociali, e di discutere le prossime tematiche da affrontare.

1.2. Gruppi di lavoro

Il gruppo *politica* ha continuato quest'anno ad approfondire il tema donne e politica. Ha inoltre contattato i/le responsabili della Società svizzera di radiotelevisione SSR in merito a una maggiore presenza delle

donne sugli schermi e ai microfoni, segnatamente delle candidate durante la campagna elettorale del 1995.

2. PUBBLICAZIONI

2.1. Prontuario per le elezioni federali del 1995

In giugno è apparso - nelle versioni italiana, francese e tedesca - l'opuscolo «Donne in parlamento! - Un prontuario per i partiti, le organizzazioni delle donne e i mass media in vista delle elezioni federali del 1995». Oltre ai dati di fatto sulla situazione attuale, esso presenta all'attenzione dei partiti, dei mass media e delle organizzazioni delle donne una serie di suggerimenti da mettere in pratica prima e durante la campagna elettorale per aumentare le probabilità di elezione delle candidate.

2.2. F-Problemi al femminile

Il primo numero del bollettino conteneva le relazioni tenute il 3 dicembre 1993 in occasione del convegno organizzato congiuntamente dall'Ufficio per l'uguaglianza fra donna e uomo e dalla Commissione per i problemi della donna sul tema «Tutto è così semplice e così complicato: le pari opportunità nel dibattito e nella prassi attuale». In questo bollettino si trovava inoltre la presa di posizione particolareggiata della Commissione in merito alla revisione del Codice penale.

Il secondo bollettino raccoglieva lo spunto dato dalla mostra itinerante commissionata dall'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo «(Ness)un luogo sicuro - lo sfruttamento sessuale di bambine e fanciulle», inaugurata nell'autunno del 1992, e che da allora ha toccato varie regioni della Svizzera e il Liechtenstein. Gran parte di questo bollettino era occupato dai risultati dello studio di valutazione di ciò che la mostra era riuscita a suscitare nel pubblico generico e specialistico durante i primi 16 mesi della sua tournée, corredati dalle misure e raccomandazioni ritenute opportune alla luce dei dati emersi. A ciò si aggiungevano due contributi sulle possibilità esistenti in campo giuridico e terapeutico.

Il terzo numero presentava la situazione delle contadine, approfondendo in particolare lo status della contadina nell'ambito dell'azienda agricola e le ripercussioni della politica agricola elvetica per le contadine. Esso ri-

portava pure, in vista delle elezioni federali del 1995, un riassunto dell'indagine svolta dall'Ufficio federale di statistica sulle misure di promozione della donna adottate dai partiti in occasione delle elezioni in Consiglio nazionale del 1991. F 3/94 recava infine anche la presa di posizione commissionale sull'assicurazione maternità.

2.3. *Rassegna stampa/Centro di documentazione*

La biblioteca si è nuovamente arricchita di acquisizioni. Tutto il patrimonio di libri e opuscoli è ora registrato mediante il sistema LIDOS, e ciò agevola moltissimo sia il reperimento di testi, sia il prestito. La scheda elettronica di articoli tratti da riviste ha potuto essere avviata nel corso dell'anno. Il Centro di documentazione è sempre più frequentato, soprattutto da un'utenza alle prese con lavori di semestre e di diploma presso le università, le scuole medie superiori e le scuole professionali.

Come sempre, anche quest'anno sono apparse mensilmente le rassegne stampa con articoli d'attualità sui temi: violenza, parità di diritti, politica, educazione/formazione, coppia/famiglia/sexualità, arte/scienza/media/chiese, salute/sicurezza sociale, lavoro/professione ed Europa.

3. CONSULTAZIONI

3.1. *Presa di posizione concernente la consultazione sulle disposizioni generali e il libro terzo del Codice penale e sulla legge federale concernente il diritto penale minorile*

La Commissione approva l'indirizzo assunto dal progetto di revisione, il fatto che l'esecuzione delle pene sia disciplinata in linea di massima nel Codice penale, il miglioramento della posizione giuridica delle persone incarcerate, e l'introduzione di un nuovo sistema di sanzioni. Essa sostiene in particolare la volontà, formulata nel progetto, di considerare a livello di leggi le richieste specifiche delle donne; ma muove un appunto al fatto che in genere si riserva ben poca considerazione alla reale situazione e ai problemi delle donne tenute a scontare una pena.

La Commissione chiede pertanto di inserire esplicitamente i bisogni e le richieste specifiche delle donne tra i principi relativi all'esecuzione delle pene nelle disposizioni generali del Codice penale e nella nuova legge federale concernente il diritto penale minorile. Chiede pure che si impegnino in maniera più esplicita i cantoni a fornire le infrastrutture necessarie per soddisfare i bisogni di formazione, lavoro, consulenza, assistenza e trattamento delle donne e delle giovani tenute a sconta-

re una pena. Le condizioni per il lavoro di pubblica utilità e gli esternati lavorativi e abitativi dovrebbero per esempio essere stabilite in modo da consentire alle donne di fruire realmente delle possibilità offerte. Per le donne con prole, la Commissione chiede che si sviluppino e realizzino alternative all'incarceramento. (Presa di posizione pubblicata in F 1/94).

3.2. *Presa di posizione sul disegno preliminare della legge federale sull'assicurazione per la maternità*

La Commissione dà la sua adesione di principio a quest'avamprogetto, che prevede un reddito sostitutivo durante un congedo di maternità di 16 settimane per le donne aventi un'attività lucrativa. E' assolutamente necessario che il nostro paese si doti finalmente di un'assicurazione maternità: sin dal 1945, infatti, la Costituzione federale fornisce con l'art. 34 quinquies cpv. 4 la corrispettiva base costituzionale.

Secondo la Commissione, l'avamprogetto rappresenta una soluzione minima. Essa rivendica pertanto un'assicurazione maternità comprensiva, estesa alle donne senza attività lucrativa, che indennizzi l'incapacità di prestare lavoro educativo, domestico e di cura, e che copra anche i costi sanitari e di ospedalizzazione dovuti alla gravidanza e al parto. Essa considera urgente anche l'introduzione di un congedo parentale, e auspica che questo possa essere realizzato almeno a medio termine. Ora intende smuovere le acque affinché si elabori un disegno di legge per un congedo parentale già nella prossima legislatura, cosicché possa essere pronto entro il 2000 al più tardi.

(Presa di posizione pubblicata in F 3/94)

3.3. *Presa di posizione sulla nuova regolamentazione concernente il riconoscimento delle maturità cantonali*

La Commissione approva l'intento di abbandonare il sistema dei vari tipi di maturità a favore di profili formativi personalizzati. Dal punto di vista femminile e delle pari opportunità, la scelta sessuata, tuttora prevalente, dei vari indirizzi di formazione costituisce un problema che potrebbe risultare attenuato dal cambiamento di sistema. La Commissione auspica che i cantoni predispongano misure per stimolare le scolare e gli scolari a scegliere percorsi atipici, segnatamente mediante consulenze individuali per le ragazze e i ragazzi, offerte speciali per motivare le ragazze a scegliere materie scientifiche e motivare i ragazzi a scegliere materie umanistiche e artistiche, l'adattamento dei contenuti delle discipline e dello stile di insegnamento agli interessi specifici e alle premesse di apprendimento delle ragazze e dei ragazzi.

3.4. *Presenza di posizione sulla revisione totale della legge sull'asilo e sulla modificazione della legge federale concernente la dimora e il domicilio di stranieri*

La Commissione deplora che il disegno di revisione si basi esclusivamente su un concetto di rifugiato e su curricula esistenziali di rifugiati connotati esclusivamente al maschile. Dalle indagini emerge tuttavia che la situazione delle rifugiate è in parte profondamente diversa da quella dei rifugiati. Ciò è vero sia per le circostanze in cui avviene la persecuzione, sia per le condizioni in cui la persona si trova dopo la fuga. Gli aspetti sessuati della problematica delle persone rifugiate devono pertanto assolutamente essere considerati nell'ambito della revisione totale della legge sull'asilo.

4. VARIA

4.1. *Preparativi per il rapporto*

La Commissione si è occupata del rapporto «Molte realizzazioni - pochi cambiamenti? - La situazione della donna in Svizzera», la cui pubblicazione è prevista per il 1995. Questo circostanziato documento ripercorre essenzialmente l'evoluzione della condizione femminile negli ultimi vent'anni e traccia una panoramica dello stato della parità per quanto attiene alle quattordici tematiche più significative. Nel suo commento introduttivo, la Commissione fa un bilancio e formula obiettivi e compiti politici da realizzarsi nei prossimi anni per la promozione della donna e delle pari opportunità.

Il rapporto sarà pubblicato nelle versioni italiana, francese, tedesca e, per la prima volta, anche inglese.

4.2. *Convegno sui diritti della donna e i diritti della persona*

A fine anno, la Commissione e l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo hanno organizzato in comune il convegno specialistico «Cherchez la femme! - Oltre duecento anni di diritti dell'uomo: dall'esclusione delle donne a una re-visione dei diritti della persona». Le tre relatrici invitate hanno parlato dell'importanza del dibattito femminista per la definizione e lo sviluppo dei diritti della persona, della violenza contro le donne in quanto lesiva dei diritti della persona, e del nesso che lega la politica economica a quella dei diritti della persona. Le partecipanti hanno quindi avuto l'opportunità di approfondire questi temi nell'ambito di vari gruppi di lavoro.

4.3. *Contatti*

La seduta plenaria di due giorni, tenutasi in novembre a Heiden/AR, ha consentito alla Commissione di incontrare, per uno scambio di informazioni e di vedute, rappresentanti della politica locale e cantonale, delle organizzazioni locali delle donne, e della stampa del cantone Appenzello esterno.

L'incontro annuale tra deputate e presidenti delle organizzazioni svizzere delle donne, cui ha partecipato anche la segreteria della Commissione, era dedicato alla 10a revisione dell'AVS.

La segreteria della Commissione ha partecipato all'incontro delle deputate, che si tiene durante ogni sessione.

4.4. *Organizzazioni internazionali*

Nel mese di giugno ha avuto luogo, sotto la direzione dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo, la prima seduta del Comitato preparatorio nazionale in vista della 4a Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne (Pechino, 4-15 settembre 1995). La Commissione federale per i problemi della donna era rappresentata dalla sua presidente, la signora Judith Stamm. Del Comitato fanno parte circa 60 rappresentanti delle organizzazioni delle donne, dei partner sociali, delle organizzazioni per i diritti della persona, delle organizzazioni per la cooperazione allo sviluppo e delle organizzazioni sanitarie, altre cerchie interessate, come pure il gruppo di lavoro interdipartimentale «lavori di concretizzazione relativi alla Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne di Nairobi». A questo consesso spetterà in particolare il compito di discutere il prospettato documento conclusivo di Pechino, la piattaforma d'azione, e di sviluppare e portare avanti i temi svizzeri per la Conferenza. La 4a Conferenza mondiale sulle donne si iscrive in una serie di simili incontri (Messico 1975, Copenaghen 1980, Nairobi 1985) e sarà dedicata alla concretizzazione e all'ulteriore sviluppo delle «Strategie prospettive per la promozione della donna fino al 2000» (*Forward Looking Strategies*).

Alla Conferenza della Commissione economica dell'ONU per l'Europa (ECE), tenutasi a Vienna dal 17 al 21 ottobre 1994, hanno partecipato la signora Patricia Schulz, direttrice dell'Ufficio per l'uguaglianza fra donna e uomo, in quanto capodelegazione, e la signora Elisabeth Keller, segretaria della Commissione federale per i problemi della donna, a titolo di membro della delegazione svizzera. La conferenza viennese è uno dei cinque incontri preparatori delle Nazioni Unite in vista della 4a Conferenza mondiale sulle donne di Pechino. All'ordine del giorno erano iscritte la verifica e valutazione dell'attuazione delle strategie prospettive per il 2000 in ambito regionale, e la proposta di solu-

zioni regionali per la piattaforma d'azione che dovrebbe essere approvata dalla Conferenza mondiale.

Il comitato per la parità del Consiglio d'Europa - *Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CDEG)* - si è incontrato a Strasburgo per le sue sedute regolari, alle quali ha partecipato la signora Elisabeth Keller. I suoi lavori erano incentrati sui preparativi in vista della Conferenza del Consiglio d'Europa «Parità e democrazia. Utopia o sfida?», che si svolgerà a Strasburgo nel febbraio del 1995 a titolo di contributo del Consiglio d'Europa alla 4a Conferenza mondiale ONU 1995 sulle donne. Altri temi erano la preparazione di un seminario sui media (giugno 1994 a Strasburgo), e un atelier internazionale sulla parità tra donna e uomo in Europa (novembre/dicembre 1994 a Ljubljana), giunto alla sua terza edizione e al quale ha partecipato per la Svizzera la signora Katja Baumann, dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo. Si è inoltre discusso il terzo rapporto annuale della segretaria del Consiglio d'Europa, dedicato allo stato delle concretizzazioni per la parità avviate dal Consiglio d'Europa. Si sono anche sviluppate e analizzate diverse proposte per un eventuale protocollo aggiuntivo alla Convenzione europea dei diritti dell'uomo, che dovrebbe menzionare esplicitamente la parità in quanto diritto fondamentale della donna e dell'uomo.

ATTIVITA' PREVISTE PER IL 1995

1. DONNE E POLITICA

- Pubblicazione di un dépliant per le elezioni federali nell'ottobre 1995.
- Valutazione delle trasmissioni preelettorali della SSR e dei reportages della stampa scritta di importanza sovragionale in merito alle elezioni in Consiglio nazionale e in Consiglio degli Stati.

2. STATO DELLA CONCRETIZZAZIONE DELLA PARITÀ TRA DONNA E UOMO

- Pubblicazione del rapporto «Molte realizzazioni - pochi cambiamenti? - La situazione della donna in svizzera».

3. ASSICURAZIONI SOCIALI

- Creazione di un gruppo di lavoro permanente «assicurazioni sociali» per discutere lo stato attuale delle revisioni, tenere al corrente il plenum e sottoporli le necessarie proposte.

4. CONSULTAZIONI

- 6a revisione della legge federale sulle indennità di perdita di guadagno.
- Legge federale sulla medicina umana.
- Revisione totale della Costituzione federale.

5. F-PROBLEMI AL FEMMINILE

Nuovi numeri del bollettino F-Problemi al femminile tratteranno i temi rilevanti per le donne.

6. ALTRI TEMI

- Mercato del lavoro, disoccupazione, redistribuzione del lavoro, nuovi modelli e prospettive, condizione della donna - economia.
- Sorveglianza extrafamiliare della prole.
- Violenza contro le donne.
- Interruzione della gravidanza.
- Preparativi e partecipazione alla 4a Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne.
- Lobbying per la ratifica della Convenzione dell'ONU sulle donne.
- Festeggiamenti per sottolineare i 20 anni di attività della Commissione federale per i problemi della donna (1996).

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

**EIDGENÖSSISCHE KOMMISSION FÜR FRAUENFRAGEN -
COMMISSION FÉDÉRALE POUR LES QUESTIONS FÉMININES**

Zusammensetzung für die Amtsdauer 1993-1996 -
Composition pour la période administrative 1993-1996
(Stand: 1. Januar 1995)

Präsidentin - Présidente:

Frau Dr.iur. Judith Stamm, Nationalrätin, Luzern

Vizepräsidentinnen - Vice-présidentes:

Frau Dr.phil. Silvia Grossenbacher, Sozialwissenschaftlerin, Basel

Madame Christiane Langenberger-Jaeger, gérante, Association suisse pour les droits de la femme, Romanel s.Morges

Mitglieder - Membres:

Frau Rösy Blöchliger-Scherer, Sekundarlehrerin/Erwachsenenbildnerin, Schweiz. Katholischer Frauenbund, Hochdorf

Signore Dr.theol. Alberto Bondolfi, Sozialethiker, Zürich

Frau Christine Davatz-Höchner, Fürsprecherin und Notarin, Schweizerischer Gewerbeverband, Bern

Madame Eva Ecoffey-Girardi, Primarlehrerin/polit. Sekretärin, Villars-sur-Glâne

Frau Regula Ernst-Schneebeli, Sekundarlehrerin/Hausfrau, Schweiz. Gemeinnütziger Frauenverein, Muri BE

Herr Max Fritz, lic.iur., Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, Zürich

Madame Rose-Marie Gallay-Hofer, théologienne, Fédération suisse des femmes protestantes, Bienne

Frau Dorothe Glauser-Wyss, Bäuerin, Schweizerischer Landfrauenverband, Mattwil TG

Madame Erica Hennequin-Schaerer, Enseignante, Courgenay JU

Frau Susanne Leuzinger-Naef, Rechtsanwältin, Zürich

Frau Regula Mader, Fürsprecherin, Bern

Frau Margrit Meier, lic.rer.pol., Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern

Frau Rita Schmid Göldi, lic.iur., Vereinigung Schweiz. Angestelltenverbände, Zürich

Frau Marianne Schnüriger, 1952, Berufsinспекторin, Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz, Zürich

Madame Patricia Schulz, Cheffe du Bureau de l'égalité entre femmes et hommes, Berne

Frau Margrit Siegenthaler-Reusser, Fürsprecherin, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, Worblaufen

Signora Chiara Simoneschi-Cortesi, politica, Comano

Herr Enrico Violi, lic.phil.I, Assistent, Zürich